

Sehr geehrte/r Bürgermeister/in,

der Katalanische Gemeinde- und Kreisverband (ACM) sowie der Gemeindeverband für die Unabhängigkeit (AMI) vereint 98 Prozent der Gemeinden in Katalonien.

Die Gemeinderäte haben als die bürgernaheste Verwaltung eine dreifache Pflicht: die Probleme unserer Gesellschaft zu lösen, unser demokratisches Mandat zu erfüllen und uns beständig für ein gutes Zusammenleben und die soziale Kohäsion einzusetzen. Im Fall der katalanischen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen stellen wir uns nicht nur den gleichen Problemen und Herausforderungen wie andere europäische Gemeinden, sondern wir befinden uns zudem in einer sehr ernsten politischen Lage, weil die spanische Regierung ein vereinbartes Selbstbestimmungsreferendum in Katalonien ablehnt.

Zwei Jahre nach den Wahlen, bei der die Befürworter der Unabhängigkeit eine absolute parlamentarische Mehrheit erreichten, und im Einklang mit den mehr als 80 Prozent der Menschen in Katalonien, die das Recht auf Entscheidung ausüben wollen, hat das Parlament von Katalonien am 6. September ein Gesetz verabschiedet, das der katalanischen Regierung ermöglicht, ein Selbstbestimmungsreferendum für den

1. Oktober anzusetzen. Mehr als 75 Prozent der katalanischen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen unterzeichneten sofort eine politische Erklärung, in der sie sich verpflichteten, Wahllokale zur Verfügung zu stellen.

Die Reaktion des spanischen Staates war unmittelbar und unerbittlich. Das Verfassungsgericht suspendierte das Gesetz für das Referendum und befahl allen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen, jegliche mit dem Referendum verbundene Initiative zu verhindern oder zu stoppen. Gleichzeitig hat die Staatsanwaltschaft begonnen, all jene Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die sich der Demokratie verpflichteten, vorzuladen. Die Staatsanwaltschaft leitete gleichzeitig ein strafrechtliches Verfahren gegen die Präsidenten der untenan unterzeichnenden Vereine ACM und AMI wegen mutmaßlichen Ungehorsams, Amtsmissbrauchs und der Veruntreuung öffentlicher Gelder ein.

Als demokratisch gewählte Bürgermeister und Bürgermeisterinnen glauben wir, dass die politische Frage, die Katalonien aufwirft, nur auf politischem Weg gelöst werden kann, demokratisch und friedfertig, indem wir die Stimme dem Volk geben, so dass es über seinen zukünftigen politischen Status frei entscheiden kann.

Aus diesen Gründen möchten wir die juristische Verfolgung der katalanischen Institutionen und damit des katalanischen Volkes anklagen sowie alle demokratisch gewählten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen Europas bitten, die Institutionen und die Menschen Kataloniens in ihrem Streben nach Demokratie und Freiheit, gegen das totalitäre Vorgehen des spanischen Staats und gegen die Verletzung von Grundrechten, zu unterstützen. Wir hoffen, dass Sie alles tun werden, was in Ihrer Macht steht, sei es auf lokaler oder nationaler Ebene, damit Europa auf die Verletzung der Grundpfeiler des europäischen Projekts, wie der Demokratie, Freiheit, des Respekts und der Würde, reagiert.

Mit freundlichen Grüßen



Miquel Buch i Moya
Präsident des Katalanischen
für Gemeinde- und Kreisverbands



Neus Lloveras i Massana
Präsidentin des Gemeindeverbands
die Unabhängigkeit